

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	30.05.05

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.04.2005

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Karl-Friedrich Kühme (Vorsitzender), Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Jürgen Heinemann, Frau Claudia Langenfeld

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Hansjörg Finkentey (FDP-Fraktion), Herr Dr. Dirk Krüger (PDS-Fraktion)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel Herr Günter Schwarz, Herr Schmalenbeck (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Frau Birgitt Wallraff (DPWV), Frau Regine Richling (Trägerkonferenz offene Jugendarbeit), Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Frau Rosemarie Höttges (kom. Leiterin des Ressorts Jugendamt u. Soziale Dienste)

als Vertreter der Jugendräte

Julia Hoppe, Jens Quast

als Gast

Herr Thomas Lenz (Geschäftsführer der ARGE Wuppertal)

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Friederike Krentz (201.0 - Kinder- und Jugendhilfe), Frau Silke Remmerbach, Frau Gabriela Höner (beide R. 201.0 - Jugendberufshilfe), Frau Christine Schmidt (R. 201.JHP - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtg. für Kinder), Herr Dieter Verst (SB 208

- Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für die Arbeit der Jugendräte
- Workshop über die Aufgaben und Ziele der Jugendräte
- Beteiligung an der für den 08.05.05 geplanten Demonstration gegen Fremdenhass u. Rechtsradikalismus
- Besuch des NRW-Landtages am 23.06.05
- Bildung einer Arbeitsgruppe für gesamtstädtische Themen
- Beschilderung für Spielanlagen

4 Hilfen für arbeitslose Jugendliche

4.1 Arbeitsmarktprogramm für arbeitslose Jugendliche - mündl. Bericht von Herrn Lenz -

Herr Lenz berichtet über die bisherige Arbeit der ARGE Wuppertal. Der ARGE betreue gegenwärtig 20.978 Bedarfsgemeinschaften mit 39.741 Personen. Der Anteil der Kinder und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren belaufe sich auf 16.991.

Von den jungen Erwachsenen unter 25 Jahren seien 1.603 als arbeitslos gemeldet. Jeder von ihnen erhalte in den nächsten Wochen ein Angebot. Mit dem gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Budget von 38,5 Mio. € für Integrationsmaßnahmen hoffe man, über die bereits eingerichteten 4.700 Plätze hinaus rd. 1.300 weitere Maßnahmeplätze anbieten zu können. Gegenüber der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten werde dabei der Qualifizierung eine höhere Priorität eingeräumt. Zurzeit verfüge man nur über 1.200 Arbeitsgelegenheiten, allerdings mit steigender Tendenz.

Herr Dr. Kühn berichtet ergänzend über ein EU-Sonderprogramm zur Beseitigung von Vermittlungshemmnissen. 25 Mio. € entfielen davon auf Nordrhein-Westfalen. Wuppertal bemühe sich zurzeit, Mittel aus diesem Programm zu erhalten.

4.2 Vorstellung des Projektes DIA-TRAIN für benachteiligte Jugendliche Vorlage: VO/3070/04

Frau Remmerbach und **Frau Höhner** von der städt. Jugendberufshilfe stellen das Projekt vor. Sie verweisen auf positive Ergebnisse.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

5 Vertrag zur Neuordnung der Sozialen Dienste

5.1 Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rahmenvertrages zur Neuordnung der Sozialen Dienste - NOSD-2-Vertrag - Vorlage: VO/0189/05/1

5.2 Begleitantrag der SPD-Fraktion vom 07.04.2005 zu Drucks.-Nr. VO/0189/05/1 NOSD-2-Vertrag Vorlage: VO/0461/05

Herr Mucke begründet den Begleitantrag seiner Fraktion zum vorliegenden Vertragsentwurf. Der Begleitantrag formuliere Ziele, die den Vertrag bekräftigen, aber nicht zum Vertragsinhalt gehören sollten. Seine Fraktion wolle die freien Anbieter flexibler Erziehungshilfen mit einbinden.

Herr Dr. Kühn spricht ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg an, nach dem der in Wuppertal beschrittene Weg nicht als rechtswidrig anzusehen ist.

Frau Lottmann vom DPWV äußert sich positiv zur gegenwärtigen Entwicklung.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, **Herr Dr. Hamburger**, dankt der Verwaltung für die konstruktiven Vertragsverhandlungen. Er spricht sich für die Verabschiedung des Begleitantes der SPD-Fraktion aus.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Der Weiterentwicklung des Vertrages zur Neuordnung der Sozialen Dienste - NOSD 2-Vertrag - wird vorbehaltlich einer positiven Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie zugestimmt.

Der Beschluss zur Drucksache der Verwaltung wird um den Begleitantrag der SPD-Fraktion wie folgt erweitert:

1. Ziel der Wuppertaler Sozial- und Jugendhilfepolitik ist es, mit der Neufassung des NOSD deutlich mehr Kindern und Jugendlichen eine Betreuung zukommen zu lassen als bisher, da der Bedarf stetig wächst.
2. Dabei hat die ambulante Betreuung Vorrang vor stationärer Betreuung.
3. Wuppertaler Anbieter sollen Vorrang haben vor auswärtigen, wenn nicht eine auswärtige Betreuung aus pädagogischen Gründen zwingend geboten ist.
4. Die bisherigen Träger der ambulanten Jugendhilfe in Wuppertal werden bei der Vergabe flexibler Maßnahmen weiterhin berücksichtigt.
5. Einmal jährlich, beginnend nach Sommerpause 2005, wird dem JHA ein Controlling-Bericht vorgelegt, der Auskunft gibt über:
 - Anzahl der Fälle, abgerechnete Fachleistungsstunden sowie Punkte und Art der Maßnahmen,
 - gegliedert nach Maßnahmen, die über den NOSD-Vertrag finanziert werden und Maßnahmen, die außerhalb des NOSD-Vertrages stattfinden, wobei hier noch einmal unterschieden wird zwischen gemeinnützigen Trägern der ambulanten Jugendhilfe und nicht-gemeinnützigen Trägern der ambulanten Jugendhilfe.

Einstimmigkeit

6 Tageseinrichtungen für Kinder

6.1 3. Elternbefragung zum Betreuungswunsch in Tageseinrichtungen für Kinder **Vorlage: VO/3576/04**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 + 8 werden gemeinsam behandelt.

Frau Güster berichtet über die Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Sie empfiehlt den vorliegenden Jugendhilfeplan für Oberbarmen, Heckinghausen und Langerfeld-Beyenburg zu beschließen.

Herr Dr Kühn sagt zu, mit der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg Kontakt aufzunehmen, um die in der BV-Sitzung am 15.03.05 aufgeworfenen Fragen zu klären.

Herr Ramette regt an, bei künftigen Elternbefragungen auch die Wünsche der Eltern für eine Sprachförderung ihrer Kinder abzufragen.

Herr Heinemann bedauert, dass ausländische Kinder in der Regel nicht so lange wie deutsche Kinder eine Tageseinrichtung für Kinder besuchen, obwohl sie hier besonders gefördert werden könnten.

Herr Dr. Kühn kann keinen Zweifel hinsichtlich des Bedarfs einer intensiven Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Es müsse jetzt ein Prozess eingeleitet werden, um die Kinder-Tageseinrichtungen enger mit den Schulen zu verzahnen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Die Ergebnisse der Elternbefragung werden zur Kenntnis genommen und in die weiteren Planungen einbezogen.

Einstimmigkeit

6.2 Reduzierung des Betreuungsangebots in Tageseinrichtungen für Kinder unter freier Trägerschaft Vorlage: VO/0418/05

Der **Vorsitzende** bedauert die Schließung weiterer Gruppen.

Frau Lottmann weist darauf hin, dass einige Einrichtungen dringend neue Räumlichkeiten suchen und deshalb sicherlich gerne die von anderen Trägern geschlossenen Einrichtungen übernehmen würden.

Frau Weidenbruch erinnert an die damit in einem früheren Fall verbundenen Schwierigkeiten mit dem Landesjugendamt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

6.3 Handlungsprogramm für die Betreuung unter dreijähriger Kinder – Erweiterung des Beschlusses vom 15.02.2005 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2005 Vorlage: VO/0441/05

Frau Güster begründet den Antrag ihrer Fraktion. Ihre Fraktion wünsche die verstärkte Einbeziehung von Tagesmutter bei der Kinderbetreuung, die diese Aufgabe zeitlich flexibler und kostengünstiger ausübten. Von der Verwaltung geprüft werden solle auch, inwieweit Mittel nach dem neuen SBG II und aus anderen Förderprogrammen in Anspruch genommen werden könnten.

Herr Geisendörfer stimmt für seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, ein Handlungsprogramm für die Betreuung unter dreijähriger Kinder zu erstellen, wird wie folgt erweitert:

1. Die in Wuppertal angebotenen Tagespflegeplätze, ihr Potential und die Möglichkeit ihres Ausbaus werden in das Handlungsprogramm mit einbezogen.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird in der Sitzung am 14. Juni 2005 über das Thema „Tagespflege in Wuppertal – Möglichkeiten der Tagespflege“ durch die Verwaltung ausführlich informiert.

Dabei soll auch die Bedeutung der Tagespflege im „Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe“ – kurz: Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG - dargestellt und die daraus resultierenden Konsequenzen verdeutlicht werden. Insbesondere die Möglichkeit, neue Modelle der Tagespflege zu entwickeln, soll dargestellt und auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden. Die Verwaltung entwickelt Konzepte, wie die Tagespflege als Möglichkeit der Kinderbetreuung besser als bisher genutzt und bekannt gemacht werden kann.

3. Die Verwaltung prüft, ob die bestehende organisatorische Trennung der Bereiche Kindertageseinrichtungen und Tagespflege innerhalb der Verwaltung sinnvoll ist und entwickelt ggf. ein Konzept, die Bereiche zusammenzuführen bzw. besser zu vernetzen.
4. Die Verwaltung berichtet dem Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung, welche finanziellen Ressourcen auf der Grundlage des § 16 SGB II – Leistungen zur Eingliederung – für die Betreuung von Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind, erschlossen werden können.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den JHA darüber zu informieren, wie aus den gesetzlichen Festschreibungen des TAG weitere Finanzmittel erschlossen werden können.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den JHA darüber zu informieren, ob es neue Programme oder Projekte auf Landesebene für die Betreuung unter Dreijähriger, insbesondere für die Betreuung von zweijährigen Kindern, gibt, an denen Wuppertal partizipieren kann.

Einstimmigkeit

6.4

Tagesbetreuungsausbaugesetz - TAG -

Vorlage: VO/0435/05

Der **Vorsitzende** berichtet, dass zur Umsetzung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes ein Antrag des Sozialdienstes Kath. Frauen Elberfeld vorliegt. Nach Rücksprache mit dem Träger habe man sich darauf verständigt, den Antrag bis zum Haushaltsplanverfahren 2006/2007 zurückzustellen.

Herr Dr. Kühn weist auf die nachhaltigen finanziellen Folgen dieses Gesetzes spätestens zum Haushaltsjahr 2010 hin.

Frau Weidenbruch zeigt sich überzeugt, die Probleme bei der Schaffung neuer Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren lösen zu können. Sie kündigt eine enge Zusammenarbeit mit den freien Trägern an.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

**7 Organisationskostenzuschüsse 2005 für anerkannte Jugendorganisationen
- Vorschlag des Jugendrings –
Vorlage: VO/0317/05**

Herr Schwarz bedauert, dass der Kämmerer von den veranschlagten Mitteln 25 % gesperrt hat. Pro Kopf entfalle auf jeden der in den Jugendverbänden organisierten 71.000 Jugendlichen nur ein Förderbetrag in Höhe von 1,44 €.

Herr Verst betont, dass der Kämmerer die Freigabe der restlichen 25 % der Mittel zugesagt hat.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Die Verteilung der für Organisationskostenzuschüsse an anerkannte Jugendorganisationen in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird gemäß Vorschlag des Jugendrings Wuppertal beschlossen.

Einstimmigkeit

**8 Jugendhilfeplanung Offene Kinder- und Jugendarbeit
Stadtbezirke Oberbarmen, Heckinghausen und Langerfeld-Beyenburg
Vorlage: VO/0071/05**

Wortmeldungen siehe unter TOP 6.1

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Der vorliegende Jugendhilfeplan Offene Kinder- und Jugendarbeit Oberbarmen, Heckinghausen und Langerfeld-Beyenburg wird beschlossen.

Einstimmigkeit

9 Antrag des Jugendrings auf frühzeitige Einbindung des Jugendhilfeausschusses in die Neuorganisation der Jugendhilfeaufgaben

Der **Vorsitzende** betont, dass der Jugendhilfeausschuss in alle beabsichtigten organisatorischen Änderungen des Jugendhilfebereiches eingebunden wird. Die Verwaltung werde in absehbarer Zeit Vorschläge zu einer engeren Verzahnung von Jugendhilfe und Schule vorlegen, die selbstverständlich vor einer Beschlussfassung durch den Rat der Stadt im Jugendhilfeausschuss beraten würden.

10 Berichte

**10.1 Kennzahlen der Jugendhilfe - Eckdaten der Hilfen zur Erziehung –
2. Halbjahr 2004
Vorlage: VO/0343/05**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10.2 Vorstellung der Schul-Theaterwoche 2005

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.

**10.3 "Alles unter 1 Dach" im Jugend- u. Begegnungszentrum Alte Feuerwache
Gathe des Nachbarschaftsheim** **Vorlage: VO/3123/04**

Herr Heiß und **Herr Ihle** stellen die Untersuchungsergebnisse zum Entwicklungsstand und zur psychischen Belastung der Kinder vor, die regelmäßig die Alte Feuerwache an der Gathe besuchen. 53 % der Kinder seien psychisch instabil, von diesen wiederum 27 % stark depressiv. Bereits vor der Sitzung wurde ein schriftlicher Bericht ausgelegt.

Der **Vorsitzende** betont, Ziel müsse es sein, finanzielle Freiräume zu erarbeiten, um in Aufgaben wie diese investieren zu können.

Herr Heinemann zeigt sich schockiert von den Untersuchungsergebnissen. Er sieht insbesondere die Notwendigkeit zur Förderung der Sprachkompetenz.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass es auch in Wuppertal Elternschulen gibt, die Eltern dazu befähigen soll, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen.

Nach den Erfahrungen von **Herrn Ihle** werden Elternschulen von den hier angesprochenen Eltern nicht angenommen. Es sei sehr schwierig, an die Eltern überhaupt heranzukommen. Helfen könnten nur sehr niederschwellig angesetzte Angebote.

Herr Dr. Hamburger berichtet über positive Erfahrungen mit der Elternschule der Diakonie Wuppertal.

Herr Heiß ist vorsichtig optimistisch, dass die eingeleiteten Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation in dem von einem hohen Migranten- und Sozialhilfeempfänger-Anteil geprägten Quartier führen.

Herr Schmalenbeck fordert, dass alle OT-Einrichtungen, die in sozial ähnlich strukturierten Quartieren wie an der Gathe arbeiten, weiterhin im bisherigen Umfang finanziell gefördert werden.

Frau Richling bestätigt, dass sich die Untersuchungsergebnisse mit ihren Erfahrungen decken.

Herr Verst weist darauf hin, dass einer der Gründe für die geplante Zusammenlegung der Aufgabenbereiche Jugendhilfe und Jugendfreizeit die hier geschilderte Entwicklung ist.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.2005:

Entgegenname ohne Beschluss.

11 Wünsche und Anregungen

Frau Richling lädt zu einer Veranstaltung am 9. Mai im Cinetal in Oberbarmen ein, in der sich Kandidaten für die Landtagswahl am 22. Mai den Fragen der Jugendlichen stellen.

Herr Dr. Kühn teilt mit, dass die eine Nutzungsgenehmigung für das Haus der Jugend vorerst bis zum 31.10.05 verlängert worden ist. Sobald Klarheit hinsichtlich des Brandschutzkonzeptes bestehe, werde die Genehmigung um 3 weitere Jahre verlängert.

Herr Ippendorf berichtet über den für den 15. April geplanten „Sexualpädagogischen Parcours“, der bei den Schulen auf großes Interesse stößt. Von den 66 angemeldeten Schulklassen könnten leider nur 16 berücksichtigt werden.

Herr Verst erinnert an die Informationsvorlage zur Grundüberholung der Spiel- und Bolzplätze in der Dezember-Sitzung des vergangenen Jahres. Über die für 2005 veranschlagten Haushaltsmitteln in Höhe von 770.000 € dürfe die Verwaltung nach interner Einigung mit der Kämmerei jetzt doch im Umfang von rd. 700.000 € u.a. für die Instandsetzung der Spielplätze Klever Platz und Martin-Luther-Straße verfügen.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer